

DIE AMEISE.

Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schliess an ein Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwandter Arbeiter beider Geschlechter

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark. Postzeitungsnummer 282. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Insertate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Lehrnisse und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin 90., Engelauer 15 II.

Nr. 35.

Berlin, den 30. August 1901.

28. Jahrg.

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110), Ludwigsfeld b. München, Lauf b. Nürnberg (Firma Kung, Inhaber Großl), Tillywitz (gräflich Frankenberg'sche Fabrik), Triptis, Hedendorf in Westfalen (Firma Gressel u. Co.), Wegefac.

Der Vorstand.

Keramische Hausindustrie in Galizien.

Zu den dunkelsten Schattenseiten des industriellen Lohnarbeiterlebens gehört unstreitig die modere Hausindustrie, wie sie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft gedeiht. Die Urtheile, wie sie über diesen Gegenstand mehr als reichlich von gewerblichen Aufsichtsbeamten, Sozialpolitikern und freidenkenden Menschen überhaupt abgegeben wurden, lauten auch so ziemlich, soweit sie inneres Wesen und Wirkung dieser widerlichen Zeitercheinung betreffen, auf ein und dieselbe Auffassung hinaus. Verborgen vor den Augen der Öffentlichkeit, lebt in der Hausindustrie ein Meer von Elend, dem bisher noch sehr wenig mit den Schutzgesetzen einer wohlthuernden Sozialreform beizustimmen war und die mannigfaltigen Folgen, die das System selbst zeitigt, entziehen sich meist der Kontrolle, die in Folge der eigenartigen Lage der davon betroffenen Erwerbszweige ihren Weg in die Schlupfwinkel der geriebendsten Ausbeutungsmethoden nicht zu finden vermag. Das war auch bisher vollständig der Fall bei einem Zweige, der sich mit der Anfertigung keramischer Erzeugnisse in dem „wilden“ Lande Oesterreichs, Galizien, befaßt. Erst die kürzlich erschienenen Berichte der oesterreichischen Gewerbeinspektoren über die Heimarbeit, haben in dieser Richtung den Zuständen, unter denen Hunderte von Heimarbeitern leiden, den publizistischen Weg in die Öffentlichkeit gebahnt. Im Osten und Westen Galiziens hat die Kultur unter der Bevölkerung noch wenig Verbreitung zu finden vermocht.

Die Menschen, die dort unter der Herrschaft der adeligen Alkoholproduzenten und Baurschänder leben, kennen keinen Luxus und keine hohen Ansprüche an das Leben. Bei den

meisten Stadi- und Dorfbewohnern ist die Hauseinrichtung sehr primitiv und nothdürftig und sie kochen ihre Speisen zumeist nur auf Herden über freiem Feuer. Die Geschirre, die dazu benutzt werden, sind Thonfabrikate, ebenso die Gefäße, die die ländliche Bevölkerung für die Milchwirtschaft sowohl im Hause als auch zur „Verfrachtung“ der Nutzungsprodukte auf den Markt benöthigt. Dieser Bedarf bildet nun die Grundlage für eine Art Töpferwareindustrie, wie sie sich im östlichen und westlichen Theile des Landes entwickelt hat. Die Töpfer selbst sind meistens „selbstständige“ Arbeiter, die in Gemeinschaft mit den Familienangehörigen das Gewerbe betreiben und nur einzelne von ihnen halten sich auch noch „Gehtilfen“. Ihre Erzeugnisse verfertigen sie aus einem fetten Thon, dem eine geringe Menge mageren Thones beigefügt wird; für Schüsseln, Teller, Töpfe und überhaupt flache Geschirre, wird die Masse aus einem Gemenge hergestellt, in welchem der magere Thon den fetten überwiegt. Der fette Thon steht gewöhnlich höher im Preise als der magere, sandige Thon. Diese Materialien stehen dem Töpfer nun selten auf dem eigenen Boden zur Verfügung; sie müssen ihn vielmehr von der Gemeinde oder vom Großgrundbesitzer durch eine jährliche Abgabe erwerben. So zahlen z. B. 29 Töpfer für ein solches Servitut in Jossie zusammen den Betrag von 10 fl. jährlich an die dortige Probstei. In Kosów, Kuty und Bystrin zahlt jeder Töpfer für die Thonentnahme 1 fl. jährlich an die Gemeinde; die Heimarbeiter in Smitym zahlen je nach dem Verbräuche einige Gulden jährlich. In einzelnen Bezirken hat sich sogar eine eigene Branche herausgebildet, die den Thon von ihren Grundstücken an die Töpfer verkauft.

In Jossie werden Geschirre mit einer eigenthümlichen Glanzdecoration erzeugt. Auf die nasse Oberflache des Geschirrs gleicht nämlich der Töpfer, während derselbe auf der Drehscheibe rotirt, in symmetrischen Linien von seiner Hand aus trichterförmigen Gefäßen die Farben auf; die Verzierungen werden mit weißer, schwarzer, grüner und gelber Farbe hervorgebracht. Das auf diese Weise „bemalte“ Geschirre wird das erste Mal gebrannt, dann mit Glasur überzogen und schließlich durch das zweite Brennen fertig gemacht. Auf solche Art werden erzeugt: Töpfe, Krüge, Töpfe,

Schüsseln, Krindla, Tiegel aller Größe und Formen, Teller, Salz- und Pfefferfäßen, Branntweinflaschen, Haus-, Kirchen- und Lampenständer etc.

Zum Erzeugen von Geschirren werden einfache Töpferstühle benutzt. Die fertig gedrehten Geschirre werden zuerst im Schatten und dann in der Sonne getrocknet, nachher umgewendet, damit auch der Boden gut austrocknen kann und endlich bis zur Fertigstellung der ganzen Ofenladung in der Wohnstube oder in der Werkstätte aufbewahrt. Zum Brennen werden in den östlichen Theilen des Landes liegende Ofen primitiver Konstruktion verwendet, die aus ungebrannten Ziegeln, aus Mergelsteinen, hier und da auch aus gebrannten Töpfen aufgebaut werden, wobei man die Fugen innen mit Lehm bedeckt; Fenerung und Rauchmäule werden aus einem weichen Mergel oder aus gebrannten Ziegeln hergestellt. Die Kosten eines solchen Ofens, die sich natürlich nach der Größe richten, stellen sich auf 2, 20 bis 45 fl. Zum Brennen wird ausschließlich Holz verwendet.

Wie wir schon gesehen haben, untersteht dieser Heimarbeiter einem Fabrikanten eigentlich nicht, er ist selbstständiger und in den meisten Fällen auf eigene Rechnung arbeitender Meister. Nur in manchen Gegenden beschäftigen die „Meister“ Gesellen, welche mit ihnen zusammenarbeiten und herabgekommene Heimarbeiter sind, die weder eine eigene Werkstätte, noch die nöthigen Gerathe besitzen und keine lohnende Beschäftigung finden konnten. Diese Gesellen werden, wenn sie ledig sind, mit Kost und Wohnung aufgenommen, während die Verheiratheten ihren eigenen Haushalt führen. Die Löhne werden entweder als Tag- oder als Akkordlohn verrechnet und betragen gewöhnlich 1,50—1,80 Kr. für das Schock oder 30—40 Kr. im Tag. Weibliche Arbeiter bekommen 28—30 Kr. im Tage. Stellt der Töpfer dem Arbeiter die Kost bei, so zieht er ihm 20—40 Kr. täglich von dem angegebenen Akkordlohn ab. Weibliche Arbeiter bekommen außer Kost und Wohnung 30—40 fl. haar bezahlt.

Aber auch das Brod der „Meister“ ist ein recht kümmerliches. Sie hängen in erster Linie von den Händlern ab, denen sie ihre fertige Waare zum Besten übergeben. Die Händler theilen mit den Töpfern nicht in regel-

mäßiger Verbindung und kommen periodisch, um die fertigen Waaren zu übernehmen. Die unbemittelten Töpfer erhalten von den Händlern oft Baarvorschüsse, die natürlich selten den Wert einer einmaligen Ofenladung übersteigen. In vielen Fällen nehmen die Töpfer von den Händlern auch Rohmaterialien, wie Bleiglatte, Farben, ja sogar das Brennholz und die Lebensmittel auf Rechnung des Betrages, den der Händler für die bestellte fertig zu machende Waare zu bezahlen haben wird. In solchen Fällen sind natürlich die Töpfer dem Händler vollständig ausgeliefert und werden von ihnen in der rücksichtslosesten Weise ausgebeutet.

Nach der Aufstellung der Gewerbeinspektoren Arnulf Nawrath, Ludwig Smogunski und Kasimir N. v. Stochowski gestaltet sich der Verdienst eines solchen selbstständigen Arbeiters wie folgt:

Arbeitet ein Heimarbeiter mit einer Hilfskraft auf zwei Töpferscheiben, wobei er es leicht auf 12 Brände im Jahre bringt, so gestalten sich die Produktionskosten wie folgt:

120 Fuhren Thon	168,— Kr.
Die Zubereitung	36,— "
Der Lohn des Gehilfen für 42 Schock zu 1,50 Kr.	63,— "
Die Glasur	52,20 "
Das Mahlen derselben	6,— "
Das Einsetzen in den Ofen	12,— "
12 Klasten Holz	132,— "
Summa	469,20 Kr.

Erzeugt wurden 12 × 7 Schock = 84 Schock zu 7 fl., was 588 fl. ausmacht; davon gehen die Erzeugungskosten mit 469 fl. ab, ergibt 119 fl. zuzüglich des durch die Kinderarbeit verdienten Betrages: 12 × 5,50 Kr. = 66 fl., so daß sich ein Verdienst von 185 fl. ergeben würde. Bei der Erzeugung von inwendig und auswendig ganz glasierten und außen grün bemalten Geschirren, welche einen zweimaligen Brand benötigen, stellt sich die Rechnung, wenn der Heimarbeiter ohne Gehilfen arbeitet, wie folgt:

10 Fuhren Thon	14,— Kr.
Die Zubereitung	3,— "
Das zweimalige Einsetzen in den Ofen	2,— "
2 Klasten Holz	22,— "
Das Glasieren	7,— "
Die Glasur 60 kg zu 29 Kr.	17,40 "
Der Zusatz von Sand	—,20 "
Das Mahlen der Glasur	1,80 "
Die grüne Farbe	2,— "
Summa	62,90 Kr.

Das Schock wird zu 12—14 fl. verkauft, daher der ganze Ofeninhalt um 84—98 fl. Es bleibt somit als Verdienst der Betrag von 20—34 fl. übrig; die Kinderarbeit ergibt hier 10 fl. Erträgnis, so daß sich der Reingewinn bei einem Brande auf 30—44 fl., also bei 6 Bränden, die im Jahre gemacht werden können, auf 180—264 fl. beläuft.

Diesem Einkommen ist naturgemäß auch die ganze Lebensweise entsprechend sehr niedrig. Alles was somit über die Heimarbeit in der einschlägigen Literatur bisher gesagt wurde, trifft auch hier zu. Ungeregelte, lange Arbeitszeit, Ausbeutung der Kinder schon vom 10. Jahre an, elende Wohnungen, das alles sind die Begleiterscheinungen dieses armseligen Erwerbszweiges. Die Mittel und Wege, mit denen der Heimarbeiter beizukommen wäre, sind gewiß innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht so leicht aufzufinden. Auf alle Fälle aber gehört das Suchen darnach zu einer der wichtigsten Aufgaben einer gesunden Sozialpolitik.

Fr. L.

Der Anteil der Gewerkschaftsbewegung an der materiellen Hebung der Arbeiterklasse.

Von Robert Schmidt, Berlin.

IV.

An amtlichem Material ist zunächst die Statistik über die Löhne im preussischen Bergbau zu erwähnen. Der Durchschnittslohn für Bergleute betrug:

	Im Jahre 1895 Mt.	Im Jahre 1900 Mt.	Zunahme Mt.
Oberschlesien	675	877	202
Niederschlesien	697	910	213
Ruhrgebiet	968	1332	364
Saarbecken	929	1044	115
Wurmbecken	868	1194	326
Salle (Braunkohlen)	749	931	182
Salle (Salzberg)	988	1142	154
Mansfeld	785	1013	228
Oberharz	603	665	62
Stiegen (Raffau)	620	996	376
Rechtshelmsch (Erzbergbau)	643	870	227
Linkshelmsch (Erzbergbau)	616	728	112

Schließlich beansprucht auch die Statistik der Berufsgenossenschaften bei dieser Untersuchung Beachtung. Wenn auch die hier gewonnenen Zahlen nicht die wirkliche Lohnsumme genau wiedergeben, so können sie dennoch zum Vergleich gegeneinander benutzt werden. In der Statistik der Berufsgenossenschaften werden die Löhne der jugendlichen Arbeiter nicht in ihrer wirklichen Höhe in Anrechnung gebracht, sondern für alle diese Arbeiter gilt der ortsübliche Tagelohn erwachsener Arbeiter. Ferner wird bei allen Arbeitern, die über 4 Mark pro Tag verdienen, die darüber hinausgehende Lohnsumme nur mit einem Drittel in Anschlag gebracht. Während also hier der wirklich gezahlte Lohn niedriger in Anschlag kommt, wird er bei den jugendlichen Arbeitern vielfach höher erscheinen, da gewiß viele derselben den ortsüblichen Tagelohn Erwachsener nicht erreichen. Wie groß diese Differenzen sind, ist schwer zu sagen, es kommt aber bei unserer Betrachtung mehr darauf an, zu zeigen, in welchem Verhältnis die Löhne gestiegen sind.

Ergebnisse der gewerblichen Berufsgenossenschaften über den anrechnungsfähigen Lohn und die ermittelte durchschnittliche Zahl der Versicherten.

Jahr	Durchschnittliche Zahl der Versicherten	Gesamtlöhnsomme in je 1000 Mt.	Durchschnittslohn pro Versicherten Mt.
1894	5 243 965	3 431 714,4	654
1895	5 409 218	3 571 395,2	661
1896	5 734 680	3 922 996,4	684
1897	6 042 618	4 253 620,8	703
1898	6 316 884	4 641 468,9	766
1899	6 590 767	5 003 881,6	759

Das gesammte statistische Material deutet darauf hin, daß sich die Lage der Arbeiterklasse relativ gebessert hat. Den Hauptanteil an der Erreichung dieser Fortschritte darf die Gewerkschaftsbewegung in Anspruch nehmen, ohne ihr untröstliches Eintreten wäre die Verbesserung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit nicht in dem Maße eingetreten.

Es könnte sein, daß die Ergebnisse eines solchen statistischen Vergleichs gerade aus Unternehmerkreisen lebhaft bestritten werden, daß daraus gefolgert wird, es sei nunmehr bewiesen, wie Unrecht die Arbeiter hatten, sich über ihre Lage zu beklagen, so daß die Besserung der Erwerbsverhältnisse unabweisbar dargestellt sei.

Daß eine Aufschwügsbewegung stattfand, soll in der That nicht bestritten werden. Aber

von dieser Konstatierung bis zum Aufhören berechtigter Klagen der Arbeiter ist noch ein weiter Weg. Die Statistik giebt neben der Erhöhung der Löhne doch auch einen außerordentlichen Tiefstand derselben an. Wir erkennen, wie überaus dürftig in manchen Arbeiterkreisen die Lebenshaltung sein muß. Dort immer wieder die Hebel anzusetzen, ist Aufgabe der Gewerkschaft.

Aber der Arbeiter muß auch aus jenem Pessimismus heraus, der ihn befällt, wenn er sich dem Glauben hingibt, seine Lebenshaltung werde immer weiter herabgedrückt, er könne nicht gegen die Uebermacht des Kapitals ankämpfen. Das Aufwärts geht nicht rückwärts vor sich, es stellen sich mit dem Erklimmen einer höheren Stufe auch Bedürfnisse ein, die auf Erfüllung drängen und so wieder einen Zustand des Unbefriedigtseins herbeiführen, der den Eindruck hervorrufen kann: wir sind nicht weiter gekommen!

Zum Werte, das wir fördern sollen, gehört Vertrauen, siegesfrohe Stimmung. Nicht das Lamento: es ist Alles immer elender geworden — kann uns anspornen, immer wieder in Reih' und Glied an den großen Kulturaufgaben mitzuarbeiten, sondern das Gefühl, es geht vorwärts, wir haben etwas erreicht, unsere Arbeit war nicht vergebens! Das ist es, was uns die Zuversicht auf Gelingen und Erfolg unserer schweren Arbeit verleiht.

Nun könnte es scheinen, als ob die oben zusammengestellte Lohnerrhöhung in den einzelnen Berufen wieder ausgeglichen sei durch hohe Mieten und Lebensmittelpreise. Für die Mieten trifft eine nicht unbedeutende Erhöhung zu, für die Lebensmittelpreise nicht. Nach den amtlichen Ermittlungen über die Großhandelspreise einiger wichtiger Lebensmittel und Industrieerzeugnisse erhält man folgende Uebersicht über die letzten 15 Jahre:

(Tabelle siehe Seite 3 oben.)

Es sind nur die Preise einer wichtiger Lebensmittel und Industrieerzeugnisse wiedergegeben. Bei einigen erstreckt sich die Preisberechnung in der amtlichen Statistik auf mehrere Sorten. Der Einfachheit wegen ist diese umfangreiche Spezialisierung fortgelassen, da sie die Uebersicht erschwert, ohne eine Aenderung der Schwankungen zu zeigen.

Die Detailpreise der Waaren müssen sich eng im Verhältnis an die Großhandelspreise angelehrt haben, denn die Konkurrenz in den Großstädten läßt heute nur einen bestimmten Prozentsatz des Gewinnes im Zwischenhandel zu. Dieser Prozentsatz dürfte sogar durch die Konkurrenz der großen Waarenhäuser und Spezialgeschäfte fortgesetzt heruntergesetzt sein, so daß dem Konsumenten auch hieraus noch ein Vorteil erwachsen ist.

Die Preistabelle giebt im Allgemeinen für 1890 und 1891 hohe Preise an, die sich dann abwärts bewegen, um 1894—95 wieder allmählich zu steigen. Dabei erreichen die Lebensmittelpreise mit ganz wenigen unbedeutenden Ausnahmen (Kalbfleisch und Heringe) nicht die Höhe von 1890—91, einige Artikel weisen sogar einen recht bedeutenden Rückgang auf.

Gehen wir 10 Jahre zurück auf das Jahr 1880, so finden wir bei unseren wichtigsten Gebrauchsgütern Roggen, Weizen, Heringe, Zucker, Reis, Schmalz, Wolle, Baumwolle und Petroleum eine noch höhere Preislage, die allerdings in dem Jahrzehnt 1880—90 auch verschiedenen Schwankungen unterworfen ist. Wir haben also eine Anzahl der wichtigsten Gebrauchsgüter von 10 und 20 Jahren her wieder eingetauscht als in der Zeit einer so bedeutenden Hochkonjunktur zu Ende des letzten Jahrzehnts.

Die schwere wirtschaftliche Krise zu Anfang dieses Jahrzehnts hat bei niederen Löhnen

	1890	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
Hoggen, 1000 Ko. (Danzig), unverzollt	159,4	208,1	174,2	123,4	110,1	116,2	111,8	119,3	142,3	129,5	133,0
Weizen, 1000 Ko. (Danzig), unverzollt	145,1	178,1	158,1	125,8	102,6	107,9	117,9	131,5	148,7	117,2	142,3
Gerste, 1000 Ko. (Danzig)	153,5	156,5	149,3	131,0	122,6	110,7	119,1	124,1	144,2	131,9	133,2
Kartoffeln, 1000 Ko. (Berlin)	36,4	63,8	54,7	33,3	37,1	41,6	34,4	43,3	32,8	37,6	45,0
Schlachtvieh, 100 Ko. (Berlin):											
Rinder	119,2	120,3	117,1	108,0	118,3	119,0	112,2	113,1	112,3	115,3	119,0
Schweine	115,7	102,2	110,0	109,0	101,3	90,1	86,2	105,0	111,3	94,3	95,5
Kälber	112,0	110,6	103,0	103,4	107,5	112,8	107,3	115,3	119,7	132,5	123,5
Sammel	115,7	106,7	97,0	87,1	104,7	109,5	102,6	104,8	108,4	110,9	112,2
Seringe, Tonne zu 150 Ko. (Stettin)	34,5	37,3	32,7	29,6	23,7	29,0	23,5	38,9	33,5	33,3	43,2
Raffee, 100 Ko. (Hamburg) Santos, unverzollt	175,6	182,7	149,7	165,4	163,4	157,3	131,4	85,0	67,0	62,5	80,95
Reis, 100 Ko. (Hamburg)	18,3	19,1	19,8	18,3	15,0	14,1	14,5	17,7	13,9	13,1	17,6
Zucker, Raffinade, 100 Ko. (Magdeburg)	56,3	56,8	57,7	57,6	49,4	45,0	2	46,5	47,8	43,9	53,1
Schmalz, raff. amerik., 100 Ko. (Bremen)	69,1	69,9	77,5	103,1	79,4	68,6	51,1	46,3	58,0	7	73,1
Wolle, 100 Ko. (Berlin)	287,8	272,9	247,9	232,2	215,9	223,1	234,9	220,3	234,4	302,0	259,8
Baumwolle, 100 Ko. (Bremen)	90,1	76,6	67,8	76,6	69,6	59,4	67,2	62,6	53,2	54,8	33,1
Robseide (Arefeld), 1 Ko.	54,5	44,6	47,9	59,0	39,3	44,3	42,3	40,4	41,1	50,3	47,8
Robseiden (Breslau):											
Bubdeleisen	66,6	48,2	48,9	50,2	49,3	48,3	57,9	61,3	59,7	72,1	?
Eisereisen	74,4	54,8	52,6	52,5	50,3	49,2	57,5	61,7	61,9	75,5	20,6
Eisen, 100 Ko. (Berlin)	28,1	26,2	23,1	21,3	20,8	22,3	24,4	26,1	27,5	32,1	37,1
Kupfer, 100 Ko. (Berlin)	129,8	119,5	107,4	101,6	90,3	98,8	105,9	107,2	111,0	160,4	160,1
Zinn, 100 Ko. (Breslau)	45,1	45,0	40,5	33,6	29,9	23,3	31,6	33,9	39,5	43,1	39,4
Binn, 100 Ko. (Frankfurt)	193,8	186,3	191,9	181,3	144,4	132,3	124,6	126,6	146,9	251,3	271,0
Steinkohle (Essen), Lagerkohle	11,00	9,73	7,75	7,50	7,50	7,50	7,67	8,32	8,59	8,88	9,79
Petroleum, 100 Ko. (Bremen)	13,3	12,6	11,1	9,5	9,7	13,5	12,4	10,7	12,1	14,3	14,8

hohe Lebensmittelpreise gebracht, und in der Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges finden wir eine nur mäßig erhöhte Preislage bei steigenden Löhnen.

Nicht die gleiche Mäßigung in der Preisbildung ist bei der Erzeugung der Metalle wahrzunehmen: hier sind ganz erhebliche Preiserhöhungen festgestellt.

Aus dem Vergleich der Preise ersehen wir, daß die Landwirtschaft viel weniger an dem großen Preisrückgang in der Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges partizipiert hat, als die Industrie. In diesem durch die Konkurrenz des Auslandes erzwungenen Maßhalten der Landwirtschaft liegt ein großer Vorteil für die Arbeiterklasse.

Bergegenwärtigen wir uns, was geschehen wäre, wenn die Preise landwirtschaftlicher Produkte proportional so gestiegen wären wie Eisen, Blei, Kupfer und Zinn. Unmöglich wäre die Arbeiterklasse im Stande gewesen, die Löhne in Einklang mit solchen Preisen zu bringen, und der wirtschaftliche Aufschwung hätte den Arbeitern überhaupt keinen Vorteil gebracht.

Neben dem hier benutzten statistischen Material läßt sich auch aus der Bevölkerungsstatistik der Einfluß einer besseren Lebenshaltung der Bevölkerung wahrnehmen. So kamen im Jahre 1898 auf 1000 Einwohner Deutschland 21,8 Gestorbene — eine so geringe Zahl, wie sie bisher in der deutschen Statistik nie wiederkehrt. Im Jahre 1872 betrug die Zahl der Gestorbenen auf 1000 Einwohner 30,6. Sie sinkt dann fortgesetzt, um 1898 den Tiefstand zu erreichen. Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse wird es nicht allein sein, die diesen günstigen Einfluß ausgeübt hat. Da sind zunächst die besseren sanitären Zustände in den Städten, der Ausbau des Versicherungswesens für die Industriearbeiter, die besseren Wohnungen — alles hat dazu beigetragen, den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu heben. Wäre es uns erst möglich, mehr hygienischen Schutz für die Arbeiter in den Fabriken zu erreichen, dann würde die Sterblichkeitsziffer noch um ein ganz Bedeutendes herabgehen.

Auch die Zahl der Eheschließungen weist für das Jahr 1898 die hohe Ziffer von 3,4 auf 1000 Einwohner auf; wir müssen bis auf das Jahr 1876 zurückgehen, um eine gleich große Verhältniszahl zu finden. Unstreitig hat hier das Gefühl einer besseren künftigen Lage in Arbeiterkreisen die Neigung zur Gründung eines eigenen Hausstandes gefördert, während die Zeiten schlechter Gewerbsverhältnisse

nisse es von selbst mit sich brachten, daß in diesem Punkte Zurückhaltung geübt wurde.

Wiederholt sei noch einmal, daß nicht zu verkennen ist, welche Rolle der wirtschaftliche Aufschwung bei dieser Hebung der Lage der Arbeiterklasse spielt. Wer es muß auch hinstont werden, daß hier die Gewerkschaften die Aufgabe erfüllten, den möglichst erreichbaren Vorteil für die Arbeiter herauszuschlagen.

Könnte in einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges nicht auch gleichzeitig ein Aufsteigen der Arbeiterklasse nachgewiesen werden, stellte es sich nur heraus, daß die Arbeiterklasse nicht die Kräfte besitzt, um innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft selbst ihre Lage zu bessern, dann wäre ihr Kampf auf gewerkschaftlichem Gebiet eine Kraftverschwendung. Es bedarf kaum eines besonderen Hinweises darauf, daß die Hebung der Lage der Arbeiterklasse keinen Vergleich aushält mit den gewaltigen Gewinnanteilen der Kapitalisten — von den hohen Preisen der Fabrikate ist leicht ein Rückschluß auf die gesteigerte Profitrate in der Industrie möglich —, aber es wäre auf der anderen Seite falsch, den Antheil der Arbeiterklasse an der Aufwärtsbewegung leugnen zu wollen. Es ist dies ein Antheil, der erhöht und schließlich auch bis zu einem bestimmten Grade in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges erhalten werden kann, je nach der Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes. Mitgliederabstimmung.

Der Vorstand beschloß in der Sitzung vom 28. 8. 01 zur Sanierung der Angelegenheiten folgende Fragen den Mitglieder zur allgemeinen Abstimmung zu unterbreiten, mit der Maßgabe, daß das Resultat der Abstimmung bis spätestens 30. September im Verbandsbureau sein muß.

1. Soll über nachstehende Fragen eine sofort einberufende außerordentliche General-Versammlung entscheiden?
2. Soll die Erledigung dieser Fragen zurückgestellt werden bis zur nächsten ordentlichen General-Versammlung?
3. Soll bei aus der Verbandsliste gestrichelten Zuschuß bei Strafen u. Maßregelungen in Zukunft wieder in Wegfall kommen?
4. Soll die Unterstützungsprämie für fünfjährige Mitgliedschaft in Wegfall kommen?
5. Soll die Unterstützungsprämie für zehnjährige Mitgliedschaft in Wegfall kommen?

6. Soll die Karenzzeit für Höberversicherungen statt 26 Wochen wieder 52 Wochen betragen?

7. Sollen die den Beihilfellen gewährten 15 pSt. der Einnahmen auf 5 pSt. herabgesetzt werden?

Zur Begründung dieser Anträge diene Folgendes:

Kategorie	1898	1899	1900
Beitrag der Hauptklasse (Haupt-Beihilfellen) nach Schluß des Jahres	129 182,56	140 459,67	113 758,66

Während also das Vermögen im Jahre 1899 um ca. 11 000 Mk. gestiegen ist, fiel dasselbe im Jahre 1900 um etwa 27 000 Mk. Daß das Vermögen auch im Jahre 1901 in weiterem Abnehmen begriffen ist, läßt sich aus den Verhältnissen der Hauptklasse ersehen. Die Hauptklasse besaß am 1. Januar 1901 94 744,94 Mk., am 1. Juli 90 347,97 Mk. Der Rückgang beträgt nur 4400 Mk., er ist aber vorhanden, trotzdem der Hauptklasse im 2. Quartal etwa 3600 Mk. Extrabeiträge der Mitglieder zugeworfen sind, er würde also, wenn Extrabeiträge nicht erhoben worden wären, um die Summe derselben höher sein und tatsächlich 13 000 Mk. betragen. Bei gleichbleibenden Verhältnissen würde also in der zweiten Hälfte des Jahres eine Mehrausgabe in gleicher Höhe zu verzeichnen sein. Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß wir nicht mit den gleichen, sondern mit ungünstigeren Verhältnissen zu rechnen haben.

In welcher Weise die Mehrausgaben entstanden sind, das mögen die Mitglieder aus einem Vergleich der regulären Einnahmen und Ausgaben ersehen.

Kategorie	Einnahmen:			Ausgaben:		
	1898	1899	1900	1898	1899	1900
Eintrittsgelder	1 171,25	1 152,75	1 343,20			
Verbandsbeiträge	93 155,74	101 093,11	117 153,31			
Beiträge für die Verbandsorgane	8 015,94	8 876,45	8 276,35			
Gewinn	102 353,13	111 123,31	126 381,33			
Zusammen	112 596,06	121 122,11	134 873,89			
Unterstützungen	53 740,01	53 728,51	53 737,96			
Beitrag zu den Zentralisatorkosten	1 069,22	1 025,07	1 500,00			
Wohlfühlung	1 338,70	1 430,90	1 772,73			
Verbandsorgane	8 015,19	11 249,41	14 770,35			
Bildungswerke	2 248,43	3 118,06	3 296,61			
Agitation	1 135,50	1 390,71	1 617,70			
15 pSt. für die Beihilfellen		7 763,72	17 522,44			
Haupt- u. Neb. Verbandsverwaltung	12 039,57	14 433,71	18 100,60			
Zusammen	80 491,22	94 142,71	149 138,73			

Während demnach die Einnahmen in der Zeit von 1898 zu 1900 sich um 24 500 Mk. jährlich gesteigert haben, sind die Ausgaben in dem gleichen Zeitraum um 62 000 Mk. jährlich gestiegen.

Das Mißverhältnis ist jedenfalls ein sehr bedenkliches. Seine Ursache findet es in der gesteigerten und noch zunehmenden Arbeitslosigkeit, die zu beseitigen wir nicht in der Lage sind, ferner in der geleisteten Unterstützung für Feten wegen Kohlenmangels während der Bergarbeiterausstände, welche Ausgabe laut Beschluß der letzten Generalversammlung sich nicht wiederholen soll und endlich in bestimmten Beschlüssen der Rudolfsbader Generalversammlung, welche die Verbandskasse erheblich belasteten, ohne ihr dafür ein Mehr an Beiträgen zuzuführen.

Die Verbandskasse zahlte:

	1898 Mk.	1899 Mk.	1900 Mk.
a) Festerunterstützung	—	—	15 686,38
b) Differenzzuschuß bei Streiks	—	3591,00	8 438,47
c) Unterstützungsprämie nach 5jähriger Mitgliedschaft	—	718,13	2 803,29
d) Unterstützungsprämie nach 10jähriger Mitgliedschaft	—	124,50	710,16
e) Infolge Verkürzung der Karenzzeit bei Höherverficherung von 12 auf 6 Monate	—	261,40	2526,87
f) 15 pSt. f. d. Zahlstellen	—	7763,72	17 382,94

Die völlige Beseitigung der Ausgabenposten b), c), d) und e) und die Reduzierung der unter f) genannten 15 pSt. der Zahlstellen würde die Verbandskasse jährlich um rund 26 000 Mk. stärken. Daß dies notwendig ist, um unter allen Umständen rechtzeitig dafür zu sorgen, daß der Verband jederzeit seinen Verpflichtungen gerecht werden kann, ergibt sich aus der Steigerung der Arbeitslosigkeit von 1898 auf 1900.

	1898	1899	1900
Der Verband hatte anspruchsberechtigte Mitglieder	8475	8470	8928
Davon mußten unterstützt werden	1069	911	1623
Prozent-Verhältnis der Unterstützten zu den Anspruchsberechtigten	12,6%	10,7%	18,1%

Jedenfalls sprechen die vorgeführten Zahlen deutlicher als Worte es vermöchten, und dürfen wir wohl hoffen, daß die Mitglieder in wohlverstandener eigenem Interesse unsere Anträge annehmen. Wir fühlen uns verpflichtet, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß der Verband möglichst ungeschwächt die geschäftliche Krise überdauern kann. Werden unsere Anträge abgelehnt, dann dürfte sich die unabwendbare Notwendigkeit ergeben, zeitweilig Extrabeiträge zu erheben oder die regelmäßigen Beiträge dauernd zu erhöhen. Prinzipiell wäre das Letztere jedenfalls das Richtige. Praktische Bedenken, der Hinblick auf die wachsende Zahl Unterstützungsbedürftiger und die verminderte Zahlungsfähigkeit der Mitglieder, lassen uns unsere Anträge als weniger drückend und leichter durchführbar erscheinen.

Der Verbands-Vorstand.

Aufforderung!

Gemäß § 34 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur Einendung der Abschlässe und Gelber pro 2. Quartal 1901 aufgefordert:

Berlin II, Proßjella, Saargemünd, Lambach, Uhlstädt.

Wilh. Herben, Verbandskassierer.

77. Vorstandssitzung vom 13. 8. 1901.

Hollmann verliest. Gutschalldigt sehr Schubert, der Redakteur, von den Redaktoren Poeschl, als Gast Genosse Grütner-Rannheim betheiligen sich an der Sitzung.

Der Schriftführer berichtet über seine Reise nach

Stadtlengsfeld und Burggrub. An beiden Orten sind die schwebenden Differenzen nach erfolgter Intervention erledigt, so daß beschlossen wird, die Sperre über die genannten beiden Orte aufzugeben. — Dem Glasarbeiter-Verband werden auf dringendes Ansuchen zur Unterstützung der streikenden Flaschenmacher als 2. Rate 500 Mark aus Verbandsmitteln bewilligt. — Von Goldsch wird über angebotene Lohnreduktionen bei der Firma Schau berichtet und Verhaltungsmaßregeln nachgesucht; den in Frage kommenden Mitgliedern soll es überlassen bleiben, sich zu weigern, für reduzierte Preise zu arbeiten. Sofern Entlassungen deswegen vorgenommen werden sollten, wird den Betroffenen Unterstützung in Aussicht gestellt. — Von Roskau wird über Reduzierung des Preises bei einem Artikel berichtet; hierzu liegt ein Antrag der Isolator-Kommission vor, eine Delegation nach Roskau und Margarethenhütte, resp. die Mittel hierfür, zu bewilligen, vor, welchem stattgegeben wird. — Von Rudolfsbad wird beantragt, einen Aufruf zu Sammlungen für die Wittve des verstorbenen Mitgliedes Großmann im Organ aufzunehmen. Dies wird abgelehnt, ebenfalls ein Antrag, der Wittve Großmann's die Fahr- und Umzugskosten zwecks Ueberstellung nach Pöschappel, aus Verbandsmitteln zu gewähren. Beschlossen wird jedoch, dieselben aus den vorhandenen freiwilligen Mitteln 10 Mk. zu bewilligen.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

Druckfehlerberichtigung. In dem den Mitgliedern übergebenen Bericht des Vorsitzenden über den Kampf um das Verbandsvermögen sind folgende Fehler richtig zu stellen:

Seite 2 Absatz 4: Die Generalversammlung fand statt vom 1. bis 7. Juli 1900 (nicht 1901).

Seite 7 desselben Absatzes soll es heißen: alle Beschlüsse treten 1. Juli 1899 (nicht 1900) in Kraft.

Auf Seite 15, unter Reminiscenzen, im zweiten Absatz ist zweimal die Jahreszahl 1901 angegeben. Es muß beidemal 1900 heißen.

Aus unserm Berufe.

— Von Bohenstrauß bei Weiden wird telegraphirt, daß dortige Porzellanarbeiter in Differenzen stehen und wird schriftlicher Bericht in Aussicht gestellt. Wir haben diesen nun zunächst abzuwarten.

— Desgleichen ging in letzter Stunde ein Telegramm aus Tettau (ohne Namenszeichnung) ein, wonach Differenzen wegen Maßregelungen vorgekommen sind. Auch hier wird schriftlicher Bericht in Aussicht gestellt.

— Stadtlengsfeld. Kollegen, welche gesonnen sind, hier in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen bezw. im Interesse des Verbandes ersucht, sich vorher bei der hiesigen Zahlstellenverwaltung um die hiesigen jetzt bestehenden Verhältnisse zu erkundigen.

Die Verwaltung.

— Moschendorf. Schon seit Beginn dieses Jahres hat sich die gegenwärtige Geschäftskrise in hiesiger Fabrik bemerkbar gemacht, seit Ostern aber hat dieselbe durch Beschränkung der Arbeitszeit thatsächlich eingeleitet. Von dieser Zeit ab arbeiten die Dreher, sowie auch theilweise Steherinnen und Garnierer nur halbe Tage. Nur die und da eingehende eilige, meistens aber kleine Bestellungen ermöglichen, daß hin und wieder einmal einige Mann eilige Tage ganz arbeiten können. Die Maßnahme der Beschränkung der Arbeitszeit erscheint sich jedoch als unzureichend erwiesen zu haben, denn nachdem schon im Monat Mai eine ziemlich Anzahl Steherinnen entlassen worden sind, sind nunmehr auch während der letzten 4 Wochen 14 Dreher, sowie mehrere Brenner und sonstige Arbeiter nachgefolgt, auch sind weitere Kündigungen noch zu erwarten. Bedauerlicher Weise haben auch wir anlässlich dieser Kündigungen, betreffend die Verdienste in der Kündigungszeit einige Vorkommnisse à la Grumbort zu verzeichnen. Durch das erbärmliche Mittel der freiwilligen Arbeitszeitverlängerung und durch eine intensive „Anstrei, Schinden oder Schuften“, wie man es im Arbeitermunde zu nennen pflegt, und welches ein Arbeiter für die Dauer nicht durchzuführen

vermag, haben es drei Dreher, die Mitglieder Georg Lindner, Nikol Kropf und Emil Fischer, fertiggebracht, ihre Verdienste in der vierzehntägigen Kündigungszeit bis auf die Höhe von 79 bezw. 87 und 93 Mk. zu treiben, während der bei normaler, keineswegs saumseltiger Arbeitsleistung bis jetzt erzielte Höchsterdienst 30—32 Mark pro Woche betrug. Mag sich nun die letzte Lohnperiode, infolge des Umstandes, daß die Arbeitsabrechnung am Freitag Vormittag erfolgt, nun ca. 2 Tage verlängern und der letzte Verdienst sich dementsprechend erhöhen, so sind doch nach hiesigen Verhältnissen Verdienste von derartiger Höhe eine bedeutende Uebertreibung regulärer Arbeitsleistung.

Die Handlungsweise der betreffenden Kollegen wirkt als eine schwere Schädigung hiesiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse und ist zu gleicher Zeit eine grobe Verletzung der Interessen unserer Organisation. Auch die Betriebsleitenden Beamten, in diesem Falle die beiden Oberdreher, gerathen durch diese Handlungsweise in unverdienten Mißkredit, denn ganz unwillkürlich muß die Direktion durch solche trügerische Verdienstbeweise sich zu der Ansicht neigen, die Löhne seien zu hoch angelegt, was jedoch durch solche vereinzelte Vorkommnisse keineswegs als erwiesen zu betrachten ist. So kann z. B. die quantitative Arbeitsleistung des Drehers Kropf nicht der eines solchen Arbeiters gegenüber gestellt werden. Da dieselbe in punkto Qualität wiederholt zu Beanstandungen, ja sogar zu Geldstrafen Veranlassung gegeben, welche letztere derselbe auch ruhig hingenommen hat. Die ganze Handlungsweise kann nur als ein Akt der Gehässigkeit und der Rachsucht angesehen werden; in ihrem Aerger darüber, daß gerade sie und nicht dieser oder jener Andere von der Kündigung betroffen worden sind, haben sie rücksichtslos alles mögliche angestrengt, um den hiesigen Verhältnissen noch einen Druck zu verlegen, und in der That können diese drei Kollegen mit dem Resultat ihres unkollegialen Verhaltens sehr zufrieden sein, denn ganz unmittelbar folgt die Frucht der bösen That auf den Fuß. Schon in der darauffolgenden Lohnzahlung wurden einige Kollegen für neue bezw. abgeänderte Artikel mit bedeutend niedrigeren Preisen beglückt, als dieselben vorher kalkulirt waren. Auch für die Zukunft wird dieses Vorkommniß bei Lohnangelegenheiten der hiesigen Arbeiterschaft noch oft in Erinnerung gebracht werden, obgleich dasselbe zur Anwendung auf die sonstigen Verdienstverhältnisse, aus den oben angeführten Gründen, jeder Berechtigung entbehrt.

Im Einklang mit ihrer Handlungsweise hat es auch von den drei Genannten nur einer (Lindner) der Mühe werth gehalten, in der dies behandelnden Zahlstellenversammlung zu erscheinen, um sich einigermaßen zu rechtfertigen; das Mitglied G. Fischer hat sich im Gegentheil noch die beleidigende Antwort geleistet: „Er werde sich hüten in die Versammlung zu gehen und sich von den „Bäckeln“ noch abmucken lassen“. Man lieber Herr Kollege, wenn auch die letzte Versammlung zu einem derartigen „Mitfülkentreten“ unserer gemeinsamen Interessen und zu einem solchen Gebahren noch keine positive Stellung genommen hat, so werden wir trotzdem noch die richtige Antwort darauf zu geben wissen.

— Ob in Vitry le Francois (Frankreich) die Porzellanarbeiter streikten, wurde bei uns angefragt. Wir wandten uns an den Kollegen Treich in Simoges um Auskunft. Derselbe ist jetzt nicht mehr in letzterem Ort, sondern in Bordeaux. An Treich's Stelle befindet sich J. P. Brugier und gibt derselbe Auskunft, daß von einem Streik in

Witry le Français nichts bekannt sei. Dagegen theilt er mit, daß in Bierzon die Arbeiter von 11 Porzellanfabriken ausständig sind. — Früher benutzten die französischen Porzellanarbeiter die Zeitung „Fédération des Syndicats“ mit der wir im Tausch standen. Seit längerem blieb das Blatt aus, man benutzte nun die „Bataille Sociale“, eine Zeitung, die den politischen und wirtschaftlichen Kampf führt. Der Kollege Frugier schreibt, daß sie mit letzterem Blatte aber keine guten Erfolge erzielt hätten und nun wieder ab 1. August die Beziehungen zu der früher benutzten Zeitung „Fédération des Syndicats“ aufgenommen haben, und würde uns nun regelmäßig das Blatt zugehen. Dadurch werden wir mit Hilfe unseres Übersetzers öfter in den Stand gesetzt werden, von den französischen Porzellinern der „Amelise“ etwas einverleiben zu können. — Aus der gleichzeitig übersandten Nummer entnehmen wir heute Folgendes: „Die Porzellanarbeiter in Bierzon. Der Streik der Porzellanarbeiter (Tagelöhner) in Bierzon dauert schon bald 1 1/2 Monat. Am 25. Juli haben die Streikenden neue Vorschläge bei den Arbeitgeber eingebracht, und, da diese ausgeschlagen wurden, für die Fortsetzung des Streikes bis zum Neuenstern gestimmt. Dieser schlechte Wille der Arbeitgeber entmuthigt die streikenden Arbeiter nicht. Sie sind entschlossen, bis zum Siege ihrer bescheidenen Forderungen zu kämpfen und sie rechnen auf die Unterstützung des ganzen organisierten Proletariats, um sie zum Siege zu verhelfen. Die Arbeitsbörse in Limoges erläßt einen Aufruf an alle Arbeiter, um ihren Kameraden in Bierzon zu helfen und über solche Patrone wie Gache, Charlemagne und dergleichen triumphieren zu können. In der Mehrzahl sind es ehemalige Arbeiter, die ihren Ursprung vergessen haben und durch Aushungen der Arbeiter zu triumphieren hoffen, jener Arbeiter, die ihr Glück und ihren Wohlstand gebaut haben.“ Weiter geht aus derselben Nummer hervor, daß die Arbeitsbörse in Limoges auch sonst alles thut, um die streikenden Arbeiter zu unterstützen. Die einzelnen Verbände (Branchen) sind verpflichtet worden, einen entsprechenden Betrag für die Streikenden aufzubringen. Sammel-Listen wurden in Umlauf gesetzt.

Von den Engländern haben wir auf leghin bewirkte Zusendung von diversen gewünschten Mittheilungen über Arbeitsbedingungen u. in Deutschland, ein längeres Schreiben und interessante Details über Arbeits- und Organisationsverhältnisse unserer englischen Kollegen erhalten so daß wir demnächst unseren Lesern auch hierüber etwas vorführen können.

Der vierte Delegiertentag der Union aller Glas-, keramischen und verw. Arbeiter Oesterreich-Ungarns hat vom 11. bis 15. August in Teplitz stattgefunden und entnehmen wir dem Berichte der „Solidarität“ einiges auch den deutschen organisierten Porzellanarbeitern interessirendes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird den streikenden Flaschenmachern Deutschlands die Sympathie ausgesprochen und beschlossen, den Unionsvorstand zu ermächtigen, im Falle die freiwilligen Unterstützungsbeiträge nicht zulaufen, eine Extrasteuer von 10 Heller pro Mitglied und Woche einzuhoben.

Der Bericht des Vorstandes liegt den Delegierten gedruckt vor und giebt die „Solidarität“ die Ausführungen des Unionskassiers Metzner wieder. Daraus ist zu entnehmen, daß der Stand der Kasse der Union als kein erfreulicher zu bezeichnen ist. In den Jahren 1897 und 1898 wurden 151969,22 Kr. eingenommen, Unterstützungen wurden 51358,41 Kr. ausgezahlt. 34,70 pCt. der Gesamtausgabe.

„Man wird man wohl sagen, ja so viel wurde in den Jahren 1899 und 1900 nicht ausgezahlt, sondern laut Ausweisen wurden doch nur 31348,42 Kr. Unterstützung ausgezahlt, somit ein Betrag von 20009,99 Kr. weniger. Nun liegt aber die Sache ein wenig anders. Sie Alle wissen, daß bei Inkrafttreten der Zentralisirung der Union ein Widerstandsfonds nicht eingehoben wurde, oder wurde derselbe nur von sehr wenigen Gruppen geleistet. Es mußten daher sämmtliche Unterstützungen, welche heute in Verrechnung des Widerstandsfonds gelangen, aus den Wochenbeiträgen gezahlt werden.

Es ist mir unmöglich, die genaue Summe (ein detaillirter Rechnungsausweis für das Jahr 1897 liegt nicht vor, und ich war auch nicht Kassierer damals) anzugeben, wie viel eigentlich von den 51358,41 Kr. auf statutarische Arbeitslosenunterstützung zu rechnen ist. Ich will hier die Summe sehr hoch ansetzen, wenn ich sage, daß eigentlich nur 30000 Kr. statutarische Unterstützung gezahlt wurde, der Rest von 21000 Kr. wäre thatsächlich dem Widerstandsfond anzurechnen gewesen. Es wurden somit nur 20,26 pCt. für Arbeitsloseunterstützung verausgabt.

In den beiden Jahren 1899 und 1900 wurden an Wochenbeiträgen 33317,50 Kr., das sind 34,70 pCt. weniger eingenommen als 1897 und 1898. An Unterstützungen wurden aber 3,87 pCt. mehr ausgezahlt als in den beiden vorhergehenden Jahren.

Sie ersehen also nur aus den wenigen Zahlen, daß das Verhältniß zwischen Wochenbeiträgen und Unterstützungen sich von Jahr zu Jahr ungünstiger gestaltet. Die Wochenbeiträge wurden weniger, die Unterstützungen wurden höher.

Im Jahre 1899 wurden 11644,20 Kr. Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt, im Jahre 1900 schon 19704,12 Kr. Mehrbetrag der ausgezahlten Unterstützung 8059,92 Kr. oder 7,28 pCt. gegen das Jahr 1899.

Im Jahre 1899 wurden für 8093 Tage Unterstützung ausgezahlt, im Jahre 1900 für 13791 Tage, somit 5698 Tage mehr.

Im Jahre 1899 und 1900 betrug die ausgezahlte Arbeitslosenunterstützung 24,13 pCt. der Gesamtausgaben oder 26,87 pCt. der Wochenbeiträge.

Noch viel ungünstiger gestaltet sich die Sache für das erste Halbjahr 1901. Hier wurde schon für 8164 Tage 11214,20 Kr. Unterstützung ausgezahlt. Für dieses Halbjahr wurde für 71 Tage Unterstützung mehr ausgezahlt als für das ganze Jahr 1899.

Im genannten Halbjahr wurden schon 28,51 pCt. der Gesamtausgaben für Unterstützung verwendet oder 33,18 pCt. der Wochenbeiträge.

Als ungünstigstes Quartal wird das zweite dieses Jahres bezeichnet. Da wurden 14703,30 Kronen an Beiträgen eingenommen und 7608,68 Kr. an Unterstützungen verausgabt (37,83 pCt.) und sei der Einwurf, daß an Unterstützungen zu wenig geleistet werde, vollständig unbegründet. In einer großen Anzahl Gruppen besaße man sich statt mit Organisationsarbeit, nur mit den Riesengehältern der Angestellten. Es werde alles in einen Topf geworfen, während doch die Administration und Redaktion des Organs besonders zu berechnen seien. Auf die Gehälter einschließlich der für Vertrauensmänner entfallen 11,95 pCt., ohne die Letzteren 8,45 pCt.

Von der in den letzten zwei Jahren gemachten Ausgaben entfallen in Prozenten: 24,13 pCt. Unterstützung, 33,89 „ Bildungsfond der Gruppen und Kassierer, 1,32 „ Rechtsfönd.

18,39 pCt.	Agitation sammt Vertrauensmännern,
8,45 „	Unionsverwaltung,
1,80 „	Gewerkschaftskommission,
11,— „	Kanzleibedarf, Drische u.
1,02 „	Diverse.

100,— pCt.“

Vom 1. Januar 1899 bis 31. Dezember 1900 seien 14,685,39 Kr. mehr verausgabt als Wochenbeiträge eingenommen wurden. Dies entspreche einem Defizit von 12,72 pCt. der Einnahmen. Vom 1. Januar 1901 bis 30. Juni 1901 wurden 8303,69 Kr. mehr als Einnahmen verausgabt, insgesamt in 2 1/2 Jahren 22,789,08 Kr. mehr Ausgabe, als durch Wochenbeiträge eingegangen sind. Am 30. Juni 1901 war das Saldo auf 11293,17 Kr. herabgesunken. Dieses Saldo bestehe nun nicht in Baarvermögen, sondern es ist nur in Forderungen vorhanden, wobei die Administration mit 8015,98 Kr. partizipirt.

Am Widerstandsfond fehle bereits 144,11 Kr., vorhanden sei 15,435,74 Kr. „Daß wir überhaupt noch so viel Geld besitzen, haben wir nur dem Wohlwollen des Deutschen Porzellanarbeiterverbandes zu danken.“

In der Unionskasse sei in Baarem kein Heller vorhanden.

„Eine große Schädigung der Unionskasse liegt auch an den vielen Fahrkosten und Ueberstufungen etc. und wird hauptsächlich durch die Glashüttenarbeiter verursacht. Hier ließen sich Dazende von Fällen anführen, daß nur darauf ausgegangen wird, die eingezahlten Beiträge fünfzigfach zurückzuerhalten. Es sind Fälle zu verzeichnen, daß Mitglieder Jahr für Jahr die Fahr- und Ueberstufungskosten erhalten müssen. Nicht aber daß vielleicht solche Mitglieder von Seiten des Unternehmers gekündigt wurden, sondern es wird dem Unionsvorstand einfach berichtet, das Mitglied hat da und dort einen bestimmten Arbeitslohn, und auf Grund der bestehenden Geschäftsordnung muß der Vorstand wohl oder übel die Fahrkosten bewilligen. Ein weiterer Umstand ist auch der, daß oft Reste bis 40 Wochen bei Mitgliedern zu verzeichnen sind. Der Vorstand lehnt solche Ansuchen um Unterstützungen wohl stets ab. Aber jetzt kommt die Gruppe und erklärt: Wenn Ihr diesem Mitglied nicht die ihm gebührende Unterstützung gebt, geht die Gruppe zugrunde u. Ja, dann ist es traurig, wenn der Bestand einer Organisation nur an dem hängt, daß einem Mitglied die Unterstützung, ob nun zu recht oder unrecht, muß gewährt werden. Diese Fälle sind sehr zahlreich, wo ein Mitglied nicht berechtigt gewesen, Unterstützung zu beziehen, und doch mußte der Vorstand, um den Bestand der Organisation nicht zu gefährden, dieselbe bewilligen.

An Mitglieder des deutschen Porzellanarbeiterverbandes wurden ebenfalls 73,37 Kr. Unterstützung widerrechtlich ausgezahlt und zwar in Schlaggenwald 38,40 Kr., in Budweis 14,40 Kr., in Tiefenbach 20,50 Kr. Von Tiefenbach habe ich auf mein diesbezügliches Schreiben gar keine Antwort erhalten. Budweis und Schlaggenwald erklärten nur im Tone der Entrüstung, dies müssen wir entschreiben zu müssen, daß wir den jeweiligen, resp. widerrechtlich ausgezahlten Betrag an die Unionskasse zurückzahlen sollen. Wir sollen das betreffende Mitglied verklagen, wenn wir zu unserem Gelde kommen wollen. Sie ersehen aus den wenigen Fällen, wie schwer es den Unionsangestellten gemacht wird, nur halbwegs Ordnung zu machen. Eine sehr große Lücke in die Unionskasse reißen die Rou-

Kurse. Die zwei Konkurse in Gaiendorf kosten annähernd 6000 Kr. Was der Konkurs in Nisch noch kosten wird, läßt sich vorberhand noch nicht feststellen.

Durch den Streik der Bergarbeiter im Vorjahre kamen wir um ca. 6000 Kr. Beiträge. Die Unterstützung in Eudau, welche durch diesen Streik der Union erwachsen, kostete ebenfalls 900--1000 Kr., nebst dem noch annähernd 400 Kr. Advokatenkosten."

(Fortsetzung folgt.)

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— Zum Generalstreik der Flaschenarbeiter ist eine Aenderung der Situation nicht zu verzeichnen. Wenn die deutschen Arbeiter die Streikenden genügend unterstützen, hoffen die Streikenden auf einen Sieg ihrer gerechten Sache. Vom 25. bis 29. August findet in Hannover ein internationaler Glasarbeiterkongreß statt, dessen Tagesordnung wohl zumeist von dem Generalstreik beherrscht werden dürfte. Der Kassirer Hamann, Berlin SO., Lausitzerstr. 261, quittiert in letzter Nummer des „Fachsprossen“ über seit Beginn des Kampfes eingegangene Unterstützungsgelder im Betrage von 299 589,17 Mk.

Den Porzellanarbeitern ist Gelegenheit gegeben, in der angeordneten Mitgliederabstimmung durch Abgabe ihrer Stimme für den vorgeschlagenen Unterstützungsbetrag von 2000 Mark ihre weitere Solidarität zu beweisen. Für diejenigen außerhalb unserer Organisation stehenden Arbeiter mag bemerkt sein, daß nach § 34 des Verbandsstatuts der Vorstand nur das Recht hat, bis 500 Mk. an andere Gewerkschaften, die im Kampfe um das Koalitionsrecht stehen, als Unterstützung zu gewähren. Deswegen das etwas umständliche Verfahren, auf dem Wege der Mitgliederabstimmung helfend eingreifen zu können.

— Ein neues Gewerkschaftshaus ist am 17. August in Frankfurt a. M. eröffnet worden. Dasselbe befindet sich „Am Schwimmbad 8/10 und Stolzestr. 13/15 im alten Judenviertel zwischen Judengasse (jetzt Börnestraße) und der abgebrochenen Judenuauer. Wir haben im Jahre 1873 noch einen Theil dieses alten Judenviertels kennen gelernt und wenn man die historischen Ueberlieferungen über die Judenverfolgungen gelesen hat, so mußte einem besonders der folgende Satz in dem Einweihungsartikel der „Volksstimme“ an: „Hier mußten eng zusammengedrängt, des Nachts wie die Thiere durch Eisengitter eingeschlossen, die Ausgestoßenen und Getretenen, die Unterdrückten und Verachteten des Mittelalters hausen, die israelitische Bevölkerung der großen Handelsstadt. Ist es nicht eine Art Vergeltung und ein Zeichen mehr dafür, daß Knechtung und Unfreiheit, Aechtung und Unterdrückung menschlicher Mitbrüder nicht Stand halten können vor dem steigenden Schritt der großen Bewegung von unten, aus dem Volke, daß jetzt das Heim einer Klasse, die man auch niederzuhalten und für unmündig erklären zu können glaubte, das Haus der Arbeiter, gerade hier seine Stäbe in die Rüste ragen läßt? Sagt uns der neue Bau nicht, daß eine unüberwindliche Bewußtsein engster Zusammengehörigkeit und weltgeschichtlicher Bedeutung wurzelnde Bewegung, wie diejenige der noch vor 30 Jahren auch in Frankfurt so viel geschmähten Proletarie, unaufhaltsam vorwärts zum Licht und zur Luft drängt, ob sich ihr auch alle alten Mächte entgegenstemmen? Das Gefühl der Zugehörigkeit zu dieser Bewegung hat auch den Schöpfern und Leitern des neuen Gewerkschaftshauses, die ihre Intelligenz und ihr Wissen in den Dienst der Arbeiterklasse stellten, die Kraft gegeben, das Unternehmen durch tausend Schwierigkeiten zum schönen Ende

zu führen. Und die bürgerlichen Kreise, die ihnen durch Hergabe reicher Geldmittel mit halfen, vertrauten unseren Organisatoren, weil sie sahen, welche Energie und welcher Stolz ihnen das Bewußtsein gab, zu ihrem Theil für eine große Sache zu arbeiten; weil sie erkannten, daß hier die sonst von ihnen nur im bürgerlichen Erwerbleben hochgeschätzte Intelligenz und das Wissen emfiger Männer sich einem Werke widmete, das den sich Mühenden keinen eigenen Vortheil und keinen klingenden Lohn brachte, und das sie doch mit aller Begeisterung und Hingebung durchführten, um Tausende und Abertausende mit der Gewöhnung an höhere Kulturansprüche auf eine weitere Stufe menschlicher Befreiung zu heben.“

Daß das Frankfurter Gewerkschaftshaus sich würdig an das Berliner und die in den übrigen größeren Städten erstandenen Bauten anreicht, ist so selbstverständlich, als wie das arbeitende Volk in der alten Reichsstadt in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung immer an der Spitze marschirt. Und eins fühlen wir uns mit dem Schreiber des Festartikels, der denselben wie folgt schließt: „Wir haben die feste Zuversicht, daß in nicht allzulanger Zeit sich das Frankfurter Gewerkschaftshaus als zu enge erweisen wird und man an die Errichtung eines zweiten, größeren Heimedenken muß. Ebenso aber werden auch bald nach und nach genossenschaftliche Establishments anderer Art entstehen. Denn im 20. Jahrhundert wird der Siegeszug des Sozialismus vollendet werden mit der Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch und für das gesammte freie Volk. Darum vertrauensvoll voran! und hoch das politisch und gewerkschaftlich organisierte Proletariat!“ Das neue Gewerkschaftshaus sei unseren reisenden Porzellanern bestens empfohlen.

— **Sitzschlag ein Betriebsunfall?** Das Reichsversicherungsamt führte anlässlich eines Falles, in dem ein Arbeiter in der Fabrik erkrankt und in folgender Nacht am Sitzschlag verstarb, bei der Verhandlung über ein gelegten Akkurs (die Berufsgenossenschaft hatte eine Rentenzahlung abgelehnt) folgendes aus: „Erkrankungen und Todesfälle, welche bei der Betriebsfähigkeit durch Sitzschlag herbeigeführt werden, sind dann als Betriebsunfälle anzusehen, wenn der Verletzte durch seine Tätigkeit im Betriebe der Gefahr eines solchen Unfalles in so erhöhtem Maße ausgesetzt gewesen ist, daß dadurch ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Unfalle und seiner Tätigkeit wahrscheinlich gemacht wird. Im vorliegenden Falle hatte R. die Arbeit an Unfallschmelze bei einer ungewöhnlich hohen Aufheißtemperatur bis zu 28° C. in einem geschlossenen Arbeitsraum der Fabrik zu verrichten, wo noch eine größere Wärme vorhanden war. R. war wegen seiner durch den Betrieb bestimmten Arbeitshätigkeit der sich bei der Aufheißtemperatur ergebenden besonderen Schwüle im Arbeitsraume ausgesetzt, welche die mit dem Betriebe regelmäßig verbundene hohe Temperatur in demselben überstieg, ganz abgesehen davon, daß R. bereits vom frühen Morgen ab thätig war. Diese besonderen Umstände haben die Gefahr eines Sitzschlages, dem R. erlegen ist, gesteigert und begründen die Annahme eines Betriebsunfalls.“

— **Wirtschaftliche Landschaften.** Am 3. Aug. wurde das Kohlenmonopol auf 1 Jahr verlängert. Das ist ein Mißerfolg insofern, als man eine Verlängerung auf 5 Jahre angestrebt hatte. Dies ist aber nicht nur ein Mißerfolg, sondern ein Zeichen der wirtschaftlichen Entwicklung, ferner an den Ansprüchen der bisher noch außenstehenden Werke (Eisen- und Stahlwerke) hinsichtlich ihrer Beteiligungsanteile. Auf 1 Jahr glaubte man hier einen Versuch machen zu sollen, auf 5 Jahre sich festzusetzen, lehnte man ab. Aus demselben Grunde sah man auch von einer

straffen Organisation des Syndikats, von einer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft oder in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ab und behielt vorläufig die alte Grundlage bei, um nicht neue Schwierigkeiten für eine Verflüssigung zu schaffen.

Dagegen ist in der Preisregelung der Erzölz zunächst auf der Seite des Syndikats geblieben. Seine Abnehmer hatten mit schärfstem Widerstand gegen die fortgesetzte Auswucherungspolitik gedroht. Die Syndikatswerke wollten nun noch vom Auslande beziehen. Die Rübölwerke wollten, „da es an einer vermittelnden Hand fehlte“, eine Abordnung zum preussischen Landesminister senden „mit der Bitte, seinerseits einen Kommissar abzuordnen, der alle einschlägigen Verhältnisse prüft, auf Grund dieser Prüfung mit bestimmten Vermittelungsvorschlägen hervortritt, zugleich aber auch die Frage prüft, inwieweit die Gesetzgebung einzutreten habe, um die Thätigkeit des Syndikats zu überwachen“. Das sind zum Theil dieselben Scharfmacher, die neulich, um die Gewerbegerichtsreform zu Fall zu bringen, jedes Eingreifen eines Unparteilichen in die Lohnpreiskämpfe zwischen Unternehmer und Arbeiter wie ein frevelhaftes Attentat gegen die freie Vertragsschließung, gegen die Grundlage der heutigen Gesellschaftsordnung behandelten. Nun schlägt die freie Vertragsschließung, da ihnen eine monopolistische Uebermacht gegenübersteht, einmal gegen sie aus und sofort rufen sie selber nach einem obligatorischen Vermittlungsverfahren, ja sogar nach „gesetzlicher Ueberwachung“ des übermächtigen Gegners! Wie schnell man als Amboss vermischt, was man soeben als Hammer Andere lehnen wollte!

Das Kohlenmonopol hat sich jedoch nicht im geringsten einschüchtern lassen, sein Entgegenkommen gegen die Abnehmer ist für diese vollständig ungenügend. So lautet sein Bescheid an den Verein deutscher Eisengießer, nachdem langwierige Auseinandersetzungen vorausgegangen waren:

„Das Kohlenmonopol ist bereit, sowohl mit den direkten Abnehmern, als auch mit den Händlern in Sieberei-Kohleisen für das nächste Jahr unter der Voraussetzung der Zustimmung der liefernden Werke zu funktionieren, und zwar der Art, daß bis zur Hälfte des pro 1901 abgeschlossenen Quantums neu hinzugekauft wird, zu einem Preise von minimal 58 Mk. für Hamalte und Sieberei-Kohleisen Nr. I, 49 Mk. Sieberei-Kohleisen Nr. III pro Tonne ab Werke, netto Kasse. Es kann nur funktionieren mit solchen Abnehmern, die für das ganze Jahr 1901 zu den für diesen Zeitraum gültigen Preisen gekauft haben. Die ganzen Mengen müssen aber bestimmt bis spätestens Ende 1902 abgenommen werden. Daran wird die Bedingung geknüpft, daß die funktionierenden Werke ihren ganzen Bedarf bis Ende 1902 ausschließlich vom Syndikat kaufen.“

Auf der Dresdener Generalversammlung der Eisengießer am 16. August machte sich darüber der lebhafteste Unwille Luft: Die Preisermäßigung sei zu gering und außerdem mit großen neuen Abnahmeverpflichtungen und mit Auslieferung an das Monopol auf fast 1 1/2 Jahre verknüpft. Der Berichterstatter rief den „lebensfähigen, kapitalkräftigen Werken“ sogar, die abgeschlossenen Lieferungen zwar zum alten Preise zu schließen, neue Bezüge jedoch einfach vom Auslande zu entnehmen. Das Kohlenmonopol habe sogar jede Erleichterung abgelehnt, und dagegen wüßte Herr Wandelstein überhaupt keinen Rath zu ertheilen. Die Versammlung fügte sich schließlich den Bedingungen des Monopols — allerdings in der Form, daß es jedem Berechnete anheimgestellt bleibe, direkt mit seinen Lieferanten in Verbindung zu treten. Der Lieferant ist eben das Syndikatsmitglied und damit das Syndikat.

Beim Kohlenmonopol ist das Festhalten der Preise fast noch unerträglicher. Die Arbeitslöhne sind hier schon geraume Zeit im Wachsen; in den städtischen Bergrevieren beginnen die Forderungen die Gehaltsätze und Schichtlöhne herunterzubringen; auch die Preise für Grubenmaterialien bewegen sich in abwärtssteigender Richtung. Schumpst der Kohlenverbrauch unter den abnorm hohen Preisen noch mehr als sonst zusammen, so hilft sich das Syndikat mit weiteren Preiserhöhungen und Abschneidungen der Belegschaft. Trotz alledem sind die vorhandenen Lagerbestände überall im Wachsen, so daß auch die kältere Jahreszeit kaum die sonst üblichen Ansprüche an die Neuproduktion bringen wird. Für das Auslandsgeschäft hat man schon längst die Preise ermäßigen müssen, um die Produktionsüberschüsse so weit wie möglich abzuführen. Trotzdem geht die Kohlenausfuhr zurück. Wie lange wird man die Inlandspreise noch aufrechterhalten können?

Wie selbst machende Ausfuhr häufig nur ein Zeichen des geschäftlichen Niederganges ist, darauf haben wir früher bereits mehrfach hingewiesen; man überschmeißt das Ausland mit dem sonst überhaupt nicht abfahbaren Produktionsüberschuß, natürlich unter starkem Preisnachlass. Oft hält man dadurch weiter im Inlande die Preise künstlich hoch, besonders wenn man durch eine Zollmauer genügend geschützt ist; die Einfuhr aus dem Auslande kann dann unter Umständen die alte Höhe behalten. Oft geht man aber auch im Inlande mit dem Preise so weit herab, daß das Ausland, das die Rolle noch zu seinen Kosten aufnehmen muß, auf den Wettbewerb verzichtet. Neben der wachsenden

Ausfuhr kann sich so eine abnehmende Einfuhr entwickeln, und doch sind beide an sich günstige Symptome in diesem Falle nur Zeichen der kritischeren Lage eines Produktionszweiges.

Die nunmehr vorliegenden Ziffern für den deutschen Außenhandel im Juni und im ganzen ersten Halbjahr 1901 ergaben das für die Eisengewerbe recht deutlich. Im Ganzen sind an Roheisen, fabriziertem Eisen, Eisen- und Stahlwaaren in Tonnen (zu 1000 Kilogramm) exportiert worden.

	1901	1900	1899	1898
im Januar	147 281	116 100	126 401	120 931
" Februar	136 720	120 755	126 193	119 298
" März	173 800	127 955	135 002	146 343
" April	159 953	115 969	125 572	146 527
" Mai	187 233	134 962	120 887	143 520
" Juni	189 377	128 483	129 376	149 909

im 1. Halbjahr 994 404 744 224 769 431 826 528
Dagegen zeigt die Eisen- und Stahleinfuhr folgende Halbjahresziffern:

	1901	1900	1899	1897
233 690 502 150 350 894 219 917 255 226 Tonnen				

Also Steigen der Ausfuhr im Vergleich zum Vorjahr um 250 000 Tonnen oder um 33,6 pCt. — Sinken der Einfuhr um 268 460 Tonnen oder 53,5 pCt. — und dennoch, oder vielmehr gerade deshalb rückgängige Konjunktur.

Die unerschütterte Stellung des Roheisen Syndikats spricht sich darin aus, daß der Roheisenexport noch in keiner Weise gefördert worden ist: mit 56 961 Tonnen steht die Roheisenausfuhr sogar noch unter der vorjährigen (61 359 Tonnen für die Monate Januar bis Juni). Auf Grund der alten Abschlüsse mußte das Inland wohl oder übel das Roheisen noch aufnehmen; der rapide fallende Bedarf verführte vor Allem das Ausland, das statt 355 123 Tonnen nur 159 995 Tonnen einfuhrte. So ist es erklärlich, daß (nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller) die deutsche Roheisenproduktion in den ersten sechs Monaten gegen das Vorjahr nur von 4 098 957 Tonnen auf 3 953 779 Tonnen, also lediglich um 3,5 pCt. zurückging, was gegenüber einer ganz außergewöhnlichen Hochkonjunktur noch nicht allzuviel bedeuten würde. Freilich, welche Bestände mögen sich in diesem Jahre bei den Häuten und bei den Zwangsabnehmern angehäuft haben, so daß die Produktion der Zukunft bereinst um ebensoviel geschmälert sein wird!

Von anderen Sorten von Eisen und Eisenwaaren wurden in Tonnen ausgeführt:

	im Juni	im 1. Halbjahr
	1901	1901
Druckeisen	8316	47795
Ed- und Winkelisen	35740	166015
Eisenbahnmaschinen und Schwellen	2361	15680
Eisenbahnmaterialien	16196	76149
Stabeisen	24606	82056
Watten und Bleche	17807	77942
Eisenblech, roh	16313	47431
Eisenblech, vertupfert, verzinkt	8068	40471
Ganz große Eisenwaaren	11766	69180
Große Eisenwaaren	19670	106996
Feine Eisenwaaren	3576	20750

Mit Ausnahme der Eisenbahnmaschinen und Schwellen, den ganz groben und der feinen Eisenwaaren zeigt sich somit bei allen Posten eine erhöhte Ausfuhr, die am erheblichsten war beim Stabeisen, rohen Eisenblech, Ed- und Winkelisen und Druckeisen.

Die Maschinenexporte betrug im Juni d. J. 11 424 Tonnen gegen 25 766 im Juni 1900, und im ersten Halbjahre d. J. 63 381 Tonnen gegen 81 607 Tonnen, zeigt also einen Rückgang um 22,3 pCt.; die Maschinenexporte dagegen belief sich auf 30 286 Tonnen im Juni und auf 143 919 Tonnen im ersten Halbjahre d. J. (gegen 26 618 und 134 960 Tonnen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres); für das erste Halbjahr ist demnach eine Steigerung der Maschinenexporte um 8959 Tonnen oder 6,6 pCt. zu verzeichnen. Der frühere Exportzuwachs — über den die Interessentenpresse eine Zeit lang so viel Lärm schlug, um auf höhere Böse, vor Allem gegen Amerika, zu bringen — hat sich also als sehr kurzlebig erwiesen; der rapide Bedarfs- und Preisausschlag in Deutschland machte vorübergehend die Veranziehung des Auslandes notwendig und lohnend. Mit geringem Bedarf und niedrigeren Preisen hört diese abnorme Versorgung wieder auf.

Das Stahl Syndikat ist von Neuem bis Ende 1902 festgesetzt, nachdem den in Kattowitz zusammengetretenen Produzenten die bisher verweigerte fünfprozentige Produktionserhöhung eingeplant wurde. Erhört drei Monate vor Ablauf des Jahres 1902 keine Abänderung, so gilt das Syndikat als auf weitere drei Jahre verlängert.

Dagegen scheint der Kapteinling, der einst im Boykottieren so Großes leistete, keine Taktik ändern zu wollen. Er hat Versammlungen einberufen lassen, um eine Besprechung darüber herbeizuführen, welche geeigneten Maßnahmen zu ergreifen sind, um den an die gesperrten

Firmen verloren gegangenen Umsatz den Verbandsmitgliedern wieder zuzuwenden.

Zur Bekämpfung des Ruetersyndikats hat sich in Leipzig ein Verein deutscher Zundermaarenfabrikanten konstituiert. Ueber die Art seines Vorgehens verlautet bisher nichts. Aber es sei als Beispiel dafür erwähnt, wie Syndikate der Produzenten immer und immer wieder zur Gegenorganisation der Abnehmer herausfordern. Nur sind die vielen Abnehmer meist schwer unter einen Hut zu bringen, während die wenigen Großproduzenten leichter sich einigen und beim Zunder auch noch durch die staatliche Kontingentierung und die Ausfuhrprämien zur Schädigung des Inlandsmarktes geradezu herausgefordert werden.

Ueber das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat ist der Julibericht erschienen. Die Gesamtsumme der Beihilfungen der Bechen betrug im Juli 5 107 130 Tonnen gegen 4 698 842 Tonnen im Juli 1900. Geändert wurden bei 27 Arbeitstagen 4 406 283 Tonnen, während bei nur 26 Arbeitstagen im Juli 1900 die Förderung 4 452 055 Tonnen betrug. Die Förderung ist daher gegen die Beihilfungspläne um 13,72 pCt. zurückgeblieben. Arbeitstäglich belief sich die Förderung nur auf 163 196 Tonnen gegenüber 178 636 Tonnen im Vormonat und 171 233 Tonnen im Juli des Vorjahres. Diese Ziffern legen die oben gemachten Bemerkungen doppelt nahe.

Die große Abrechnung über die wilden Auswüchse der letzten Gründerjahre hat sich im letzten Berichtsmonat in wenig erbaulicher Weise fortgesetzt.

Am 22. Juli tagten in Leipzig die Gläubiger der Leipziger Bank. Die Schulden betragen nach der Aufstellung der Konkursverwaltung 34,95 Millionen Mark, die Guthaben 45,8 Millionen. Das wäre ein Fehlbetrag von etwa 10 Millionen Mark, für den das Aktientkapital von 48 Millionen haften würde, so daß also die Aktionäre so gut wie nichts übrig behalten.

Ueber die Kaffeeer Trebertraktungs-Gesellschaft, für welche sich die Leipziger Bank mit 87 Millionen festsetzte, bekamen die Beteiligten am 3. August reinen Wein eingegossen. Die Augen gingen ihnen allen über. Die Summen für das Bergmann'sche Polydestillationsverfahren, für die vielen, in aller Herren Länder daraufhin errichteten Fabriken seien so gut wie weggeworfen. Die Kasse weise „bis jetzt“ nur einen 11stigen Bestand von 723 906 Mk. auf. Die Buchungen, urteilt der Bericht des Konkursverwalters Justizrat Fries, sind heutzutage verwirrt und von einem Konto auf das andere durcheinander geworfen, daß es außerordentlich schwer fallen wird, die Zahlen auf das richtige Verhältnis zurückzuführen. Es macht fast den Eindruck, als sei es beabsichtigt, das wirkliche Bild zu verunstalten. Von dem ganzen Betrage der Aufwendungen, besonders soweit es die Tochtergesellschaften und sonstigen Gründungen anbelangt, dürfte wohl nur wenig flüssig zu machen sein. Das Geheimhauptbuch zeigt einen geradezu unheimlichen Gigantanz von Zahlen, welche sich in vielen Fällen in Millionen bewegen“ etc.

Zu diesem alten Unrath gesellte sich jedoch neuer hinzu.

In Oberhausen brach Ende S. d. die Aktiengesellschaft Terlin den zusammen, unter Begleitumständen, die ein merkwürdiges Licht auf die Sicherung der Aktionäre und die Kreditwürde seitens mancher Banken warfen. Allein, hier in dem Unternehmen war der Vorbesitzer geblichen, der durch Vorlegung gefälschter Bücher und Bilanzen, durch unrechtmäßige Ausgabe von Aktien über das eigentliche Aktienkapital von zwei Millionen hinaus, durch Wechselzettelerei bei einer ganzen Anzahl von Banken und Banquiers Kredite, wie man sagt, bis zu zehn Millionen Mark erlangt hatte. Ein Bruder Terlins stand mit der Gesellschaft in regem Geschäftsverkehr, wahrscheinlich nicht zu seinem Schaden. Ein Schwager lenkte den dreiköpfigen Aufsichtsrath, der es mit der Kontrolle wohl nicht besonders schwer nahm. Schließlich empfahl sich Herr Gerhard Terlin den aus Nimmerwiedersehen. Eine Reihe von Banken waren auf das Schwert geschädigt, in erster Linie das Ersfelder Bankhaus Vederath-Heilmann, das nunmehr liquidirt.

Die Bankmisse ist überhaupt im raschen Wachsen. Die Rheinische Bank in Mühlheim mußte durch eine Sanktion gestügt werden. Sie war aus der Bankfirma Gustav Panau hervorgegangen. Infolgedessen spielte ein Sprößling dieses Hauses, Leo Panau, die erste Geige im Aufsichtsrath. Zugleich war er ein wüster Spekulant in Augen und Theilnehmer an den waghalsigsten und zweifelhaftesten Unternehmungen. Als ihn das Schicksal ereilte, war die Rheinische Bank am schwersten in Mitleidenschaft gezogen. Der Sturz ihrer Aktien hat unter die Hüfte des Rennwagens; endlich brachten beihilfende und andere Banken einer Garantiefonds von 3 Millionen Mark für die schwebenden Wechselverbindlichkeiten auf.

Dann brachte es im Hause Jakob Danza in Breslau, weiter in der Breslauer Diskontobank, deren Verwaltung zu den Danza's in den letzten verwichenen Jahren und geschäftlichen Begleichen stand. Uebersehend kam die letzte Nachricht nicht, da der Bank selbst dem Leipziger Bank ebenfalls Beträge an Depots entzogen und auch andere Schwelgereien betreiben waren, die sich aus der überflüssigen Gründung und

Emissionstätigkeit des Instituts im Laufe der letzten Jahre ergaben. Im Augenblicke stehen die Dinge so, daß eine Liquidation des Breslauer Bankgeschäfts, aber eine Erhaltung des Breslauer Bankgeschäfts unter entsprechender Kapitalrückzahlung beabsichtigt wird. Die Börse war mit dem Ausgange der Affäre zufrieden, weil er unter Umständen hätte schlimmer sein und den Markt, der sich von den Schlägen der letzten Zeit einigermaßen erholt hat, von Neuem berouthern konnte.

Man athmete ordentlich auf, als der A. Schaffhausen'sche Bankverein, der in engster Verbindung mit der rheinisch-westfälischen Industrie steht, eine beabsichtigte Halbjahresbilanz veröffentlichten konnte.

Dagegen hat die Schuldentaffäre den Glauben an die Elektrizitätsindustrie weiter stark erschüttert. Man weiß jetzt, daß die Nürnberger Gesellschaft mit nicht weniger als 11 Millionen Mark in Bosnien an den Kaiser Werken engagiert ist (vergl. vorige Rundschau). Das hatte die Verwaltung aber nicht gekümmert, optimistische Bilder von der Geschäftslage zu entwerfen und Dörsen und Lantienmen von statlicher Höhe festzusetzen. Dann kam der Kaffeeer Trebertraktungs- und der Bosnische Polydestillationsstrach. So nahm man denn die Diskontengewährung zurück, ließ jedoch den Aufsichtsrath ihren sauer verdienten Lohn. Die Aktionäre waren auffällig genug ihrem empörten Gleichheits- und Gerechtigkeitsgefühl Luft zu machen. So „stürmte“ dann der Vorstand keine Lantienme-Ausprüche, schließlich „erzürte“ er noch gebrungen ganz. Das Publikum hat aber nunmehr einen Blick hinter die Kulissen der Elektrizitätsindustrie gesehen, die die Thätigkeit großer Produktionsunternehmungen mit der großer Gründungsbanken vereint. Die Gefahren einer solchen Verbindung sind bei absteigendem Wirthschaftszustand in die Augen fallend; das Mißtrauen hat so gut um sich gegriffen.

Nachdem die „Deutsche Oekonomist“ für das erste Halbjahr 1901 seine bekannte Aufstellung über die Gründungstätigkeit in Deutschland veröffentlicht hat, geben wir auch H. einen Auszug daraus. Der Rückgang in den Jahren gegen 1900 ist ein so bemerkenswerther, als auch die erste Hälfte 1900 bereits weit gegen 1899 zurückgeblieben war.

Die Gründungstätigkeit für Januar bis Ende Juni 1901 umfaßt insgesamt nur 31 Objekte gegen 164 im gleichen Abschnitt 1900, 182 vor zwei, 179 vor drei und 208 Objekte vor vier Jahren. Das Gründungskapital belief sich diesmal auf 94,50 Millionen Mark gegen 217,01 Millionen Mark in der gleichen Zeit vor einem Jahre, 252,75 Millionen Mark vor zwei, 244,51 Millionen Mark vor drei und 131,58 Millionen Mark vor vier Jahren. Der Rückgang im Kapital ist somit noch ansehnlich größer als in der Zahl der Gründungen. Im ganzen Jahre 1900 waren insgesamt 261 Aktiengesellschaften mit 440,46 Millionen Mark Grundkapital errichtet worden, 1899: 346 mit 234,39 Millionen Mark, 1898: 329 mit 463,62 Millionen Mark, 1897: 254 mit 180,47 Millionen Mark, 1896: 182 mit 268,58 Millionen Mark, 1895: 161 mit 550,58 Millionen Mark, 1894: 92 mit 88,36 Millionen Mark, 1893: 95 mit 77,26 Millionen Mark, 1892: 127 mit 79,82 Millionen Mark, 1891: 160 mit 90,24 Millionen Mark, 1890: 236 mit 271 Millionen Mark u. 1899: 360 mit 402,54 Millionen Mark. Das in jeder Gesellschaft investirte Durchschnittskapital ist gegen das Vorjahr weiter beträchtlich zurückgegangen. Es betrug im ersten Halbjahre 1901: 1,04 Millionen Mark (1900: 1,32 Millionen Mark, 1899: 1,59 Millionen Mark, 1898: 1,37 Millionen Mark, 1897: 1,22 Millionen Mark, 1896: 1,50 Millionen Mark). Wie sich die neu gegründeten Gesellschaften auf die einzelnen Zweige der Unternehmungen vertheilen, zeigt folgende Uebersicht:

	Jahr			Kapital (Millionen Mark)		
	1901	1900	1899	1901	1900	1899
Metallerz., Metall-	12	35	32	13,79	65,76	50,55
Steine und Erden	11	21	15	11,32	16,19	14,58
Druckerei	8	18	15	6,30	18,52	10,41
Handgewerbe	4	18	10	3,78	27,00	20,90
Textilindustrie	5	12	6	8,70	20,77	6,96
Elektrizitätsgesellsch.	5	10	22	9,94	17,77	23,92
Papier, Leder, Holz	4	9	9	8,80	10,41	8,16
Transport- und Schiff-	5	3	14	16,40	13,77	16,74
Chemische Industrie	8	6	8	3,09	7,85	6,30
Bergbau, Hütten, Salinen	4	6	6	9,70	10,07	18,64
Nahrungs- u. Genussmittel	5	5	7	4,13	15,83	20,51
Banken	4	3	11	8,00	2,05	27,36
Verkehrs- u. Schiffahrt	1	—	2	2,00	—	2,30
Polygraphisches Gewerbe	1	3	4	0,10	8,15	7,51
Uebersetzung und Liquidation	2	3	3	0,47	8,14	3,32
Landwirthschaft	1	1	—	6,00	1,10	—
Unklar	10	6	13	8,60	2,18	10,00

Nachdem die Zahl der Gründungen der Aktiengesellschaften und Maschinenindustrie an dieser Stelle, während die Kapitalumkehr die des Trans-

porigewerbes vorangehen, aber der Rückgang ist gerade bei dieser ersten Gruppe, absolut wie relativ, am stärksten.

Berlin, den 17. August 1901.

Max Schippel.

Versammlungsberichte etc.

Hüttensteinach. Die Versammlung war von ca. 80 Mitgliedern besucht und wurde von dem Vorsitzenden um 6 1/2 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Kassenabschluss pro zweites Quartal (Zu- und Abgang der Mitglieder); 2. Stellungnahme zu dem Antrag Extrabeiträge; 3. Unterstützung für die streikenden Glasarbeiter; 4. Besprechung über Wehlings Flugblatt; 5. Stellungnahme zu dem Flugblatt: Die Division und die Arbeiter; 6. Personalfrage; 7. Verschiedenes. Zum 1. Punkt erstattet der Kassierer Bericht über Ein- und Ausgaben der Kasse. Von den Revisoren alles in guter Ordnung vorgefunden, wird dem Kassierer Discharge erteilt. Dem anschließend giebt der Vorsitzende unsere sogenannten Ehrenmitglieder (Die Redaktion), sowie die Neuanmeldungen bekannt. 2. Punkt. Von Seiten der Verwaltung wurde ein Antrag eingebracht, welcher wie folgt lautet: Die Extrabeiträge sollen als ordentliche Beiträge aufgerechnet werden und soll den Zahlstellen zwecks Antrages zu einer Mitglieder-Abstimmung hiervon Kenntnis gegeben werden. Dieser Antrag wird von den Mitgliedern abgelehnt. 3. Punkt. Den streikenden Glasarbeitern werden 20 Mark bewilligt, außerdem soll noch eine Sammelliste zirkulieren. 4. Punkt. Nach kurzer Debatte wird das Wehlingsche Flugblatt für hier aus der Welt geschafft und beschlossen, die Verwaltung bezw. den Vorstand unseres Verbandes wie jetzt bestehen zu lassen, um nicht wieder Heiberen in den Reihen unserer Mitglieder zu verursachen. 5. Punkt. Der Vorsitzende liest den Anwesenden einige Stellen aus dem Flugblatt „Gegen die Division“ vor. Daraufhin wurde beschlossen, 300 Stück zu bestellen, von welchen die Genossen aus Köppelsdorf 100 Stück zum Preise von 1 Mk. erhalten sollen. 6. Punkt. Es wird das Verhalten von einigen Kollegen (Drehern bei Swaine) geschildert. Denselben wird zur Last gelegt, daß, wenn dieselben in eine Kommission, die bei der Direktion vorzusprechen hat, gewählt werden, um die Beseitigung von Unbehindern etc. zu erreichen, sie sich weigerten und womöglich ihren übrigen Arbeitskollegen noch in den Rücken fallen. Mit denselben soll im Wiederholungsfalle nach § 5, Abs. 3 des Verbands-Statuts verfahren werden. 7. Punkt. Es wird die Fichtfrage in Erinnerung gebracht, weil im Monat Februar ein Besuch an beide Firmen eingereicht wurde, um freies Licht für die Südarbeiter zu schaffen (die Stundenlohnarbeiter haben solches) und von der Firma Swaine keine feste Zusage gemacht wurde, so wurde beschlossen, daß der Arbeiterausschuß von Seiten der Verwaltung beauftragt werden soll, sich mit dem Fabrikinspektor in Verbindung zu setzen und uns hierüber ausführlichen Bescheid zugehen zu lassen. Ein Agitationskommissions-Mitglied giebt kund, daß bis jetzt nicht viel in der Agitation gethan wurde, deshalb fordert das Mitglied den Zahlstellenvorstand auf, den Obmann der Agitationskommission zu beauftragen, baldmöglichst eine Besprechung anzuberaumen. Genosse Wächter kritisiert das Verhalten einiger Genossen, welche ihn beschuldigen, er sei der Einsender des in Nr. 33 der „Arbeiter“ unter der Rubrik Versammlungsberichte etc. stehenden Artikels. Wächter führt aus, daß er der Einsender nicht sei. Es möchten doch die betreffenden Genossen mit solchen Überereien endlich einmal aufhören und sich als ernste Genossen der Organisation in die Reihen ihrer Mitarbeiter einschleichen. Der Antrag, einen Auszug aus dem Protokoll in der „Arbeiter“ zu veröffentlichen, wurde angenommen.

Literarisches.

Süddeutscher Postillon. Die soeben erscheinende Nr. 17 bietet trotz der lauren Surlenzeit und der Hundstage reines Stoff. Das Titelbild geißelt den vernünftigen Postilaris. Der ohnehin schon feste Agrarläufer darf die Wurst nicht fressen, denn Michel holt die Hundstpeiße „Reichstag“. Müg es wahr werden! Das Schlußbild ist eine geliebte Darstellung unseres europäischen Slavenlebens. Von den übrigen Bildern heben wir das Bild ohne Worte hervor: Eine starke rote Schlange, auf dem Haupte led das Häutchen mit einer mächtigen roten Feder, hat sich auf sich selbst erhoben und packt sich den mit einer fünfzähligen Krone gezierten wohlbeleibten Frosch. Aus dem Inhalt sei ein Preisenschein erwähnt. Meriel hat der Waldsee verdient, daß er Rettung nicht angenommen hat, für dessen Beantwortung der „Südd. Postillon“ drei Preise aussetzt, „der schlechten Zeiten wegen“ wahrscheinlich aus seinem eigenen Magazin. Die Nummer kostet 10 Pf. — Auf dem Gebiete der billigen Unterhaltungs-Literatur zeigen die uns eben zugegangenen Zeitschriften: Heft 28-29 der von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegebenen Illustrierten Romanbibliothek „In freien Stunden“ wiederum, daß sie sowohl

in Bezug auf Inhalt wie Illustration für Arbeiterkreise bestens empfohlen werden können. Sie enthalten die Fortsetzung der Romane „Die Islandfischer“ und „Dombey und Sohn“ und wir raten unseren Lesern, Probehefte, die zum Zweck des Nachbezuges durch jeden Colporteur zu beziehen sind, zu verlangen und sich selbst von der Güte dieser Romanbibliothek zu überzeugen. Alle Hefte des laufenden Jahrganges von 1 an mit dem Beginn des Dickens'schen Romans „Dombey“ können noch nachbezogen werden, ebenso von Heft 27 an, worin die „Islandfischer“ ihren Anfang nehmen. — Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Diez Verlag) ist uns soeben die Nr. 17 des 11. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Für Brot, Bildung und Freiheit! — Arbeiterinnen, organisiert Euch! — Frauenarbeit in Bremen. Von a. br. — Rückblick auf den Ausstand in Cunewalde. Von W. Röhler. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Kritik. Ein Sonnenstrahl. Gedichte von E. Brezjanig. — Notizen: Arbeiterinnenstreik. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Weibliche Fabrikinspektoren. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1901 unter Nr. 2978) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Briefkasten.

Hüttensteinach. Das Papier in Zukunft nur auf einer Seite beschreiben und rechts oder links einen freien Rand lassen, bitte.

Adressen-Nachtrag.

Uhlstädt. Vors.: Berth. Krügel, Maler. Schriftf.: Oskar Schmidt, Maler. Kass.: R. Dahlen, Maler. Revis.: Reinh. Gütther, Maler. Bibliothekar: Alb. Werner, Maler. Vertrauensmann: Franz Palenka, Dreher. Unterpörlitz. Schriftf.: Alb. Wagner. Burggrub. Vors.: Karl Widlein, Maler, Stadtheim. Schriftf.: Karl Weber, Maler, Burggrub. Küps. Vors.: Johann Schirmer, Maler, Oberlangentödt. Stadtlengsfeld. Schriftf.: Christian Maurer, Dreher. Kass.: Josef Stielen, Maler. Beis.: Fanny Zebisch, Garnirerin. Revis.: Adolf Wirth, Dreher und Johannes Jäger, Maler. Wunsiedel. Schriftf.: Heinrich Steiner, Maler, Boyberg 167.

Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung, Dienstag, 3. September, Abends präzis 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Ahten. Samstag, den 31. August, 1/2 9 Uhr im Vereinslokal. Alle Mitglieder haben pünktlich am Platz zu sein, da auf der Tagesordnung ein Referat über „Zweck und Nutzen der Organisation im Allgemeinen“ angelegt ist. Altwasser. Sonnabend, 31. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Mitgliederabstimmung. Blankenhain. Sonnabend, den 31. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Burggrub. Sonnabend, 7. September, Abends 6 Uhr in der Oberendischen Bierwirthschaft. Es haben alle Mitglieder zu erscheinen. Frankfurt a. O. Sonnabend, 7. September in der Akademischen Bierhalle. Fraureuth. Montag, 2. September, Abends 8 Uhr bei Aug. Volkst. Grafenroda. Sonnabend, 31. August, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Hüttensteinach. Montag, den 2. September, Abends 6 1/2 Uhr im Vereinslokal bei König. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder nöthig. Ahla. Sonnabend, 7. September im Rosengarten. Ronach. Sonnabend, 7. September, Abends 1/2 8 Uhr in Magolds Gasthof. Wichtige Tagesordnung. Mannheim. Sonnabend, 31. August bei Bus. Martheuten. Sonnabend, 31. August im Vereinslokal. München. Sonnabend, 7. September im Restaurant „Zur Klinte“, Ede Stindling- und Schillerstraße. Alle erscheinen. Dhruf. Montag, 2. September, Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Regensburg. Sonnabend, 14. September, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Brauerei Reimer. Alle erscheinen. Schwein. Sonnabend, 7. September im Vereinslokal. Spandau. Sonnabend 7. September, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Suhl. Sonntag, den 1. September, Nachmittags 3 Uhr in Damberts Kaffee.

Tiefenfurt. Sonnabend, den 7. September, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Zell a. S. Sonntag, 1. September, Vormittags 10 Uhr im Vereinslokal „Bad Hof“ statt. Da die letzten Versammlungen schlecht besucht waren, wird um vollständiges Erscheinen gebeten.

Sterbetafel.

Hermisdorf. Paul Birke, geb. 1. Oktober 1863 zu Altwasser, gest. 30. Juli 1901 an Herzschwäche. Krankheitsdauer 3 Tage. Mitglied des Verbands und Beihilfefonds. Altwasser. Josef Krüger, Kapfeldreher, geb. 4. November zu Schlottendorf, gest. 20. August an Magen- und Darmbruch. Krank 2 Jahre und 5 Wochen. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds. Ehre ihrem Andenken.



Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied und alle goldhaltigen Sachen.

Reelle und pünktliche Bedienung. Man verlange Prospekte. Ältestes Geschäft dieser Art.

Goldschmied

sowie alle goldhaltige Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Otto Hamann, Neustadt i. Sachsen.

la. echte Pariser Pinsel empfiehlt Anton Müller, Fraureuth b. Werdau i. S.

Glomkes Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit Eisenbahn- und Begeleit von Deutschland u. angr. Ländern. 356 Seiten geb. 1,20 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhlg. oder gegen Eins. 1,40 Mk. von G. Glomkes Verlag, Stiefelfeld.

Potschappel. Sonntag, den 1. September

Partie vom Gewerkschaftskartell im Plauenschen Grunde nach Dönschen bei Schmiedeberg. Es werden die Mitglieder ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Die Vertrauensleute.

Porzellanarbeiter Dresdens!

Sonnabend, den 14. September, Abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung im Gasthof Pieschen, Vorgauerstraße. Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Streine (Thema wird noch bekannt gegeben).
 2. Mitglieder-Abstimmung.
 3. Gewerkschaftliches.
- Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht dringend Der Einberufer.

Weiden. Sonntag, den 8. September, Nachmittags 3 Uhr, findet im Restaurant „Friedensfels“ eine **Oeffentliche**

Porzellanarbeiter-Versammlung statt. Vortrag des Gen. Laumann „Mittel und Wege zur Beseitigung der gewerkschaftlichen Organisation“. Hierauf Diskussion, wozu Höflichkeit einladet Der Einberufer.

Stadtilm. Der Kapfeldreher Hermann Bauer wird in seinem eigenen Interesse ersucht, seinen Aufenthaltsort der Zahlstelle Stadtilm mitzutheilen, auch bitten sich alle Zahlstellen, mir Nachricht von dem Betreffenden zukommen zu lassen. August Röhler.

Arbeitsmarkt.

Junger Maler,

welcher besonders in Schaff, als auch in Dekor, Wand und Stoffage bewandert ist, sucht angenehme und dauernde Stellung. Offerten wolle man unter J. G. an die Redaktion dieses Blattes richten.